

## Warum und wie kam es zur Teilung Deutschlands?

Ohne die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus in Gestalt eines beispiellosen Vernichtungskrieges – namentlich gegen die slawischen Völker – wäre es weder zu einer Teilung Deutschlands noch zu Gebietsabtretungen und Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat gekommen.

Am 1. Januar 1942 unterzeichneten die Regierungen von 26 Staaten – darunter China, Großbritannien, die UdSSR und die USA – in Washington ein als Deklaration der Vereinten Nationen bezeichnete Dokument: Die Anti-Hitler-Koalition hatte endgültig feste Gestalt angenommen und unterbreitete ihre Kriegsziele. Die Teilnehmer verpflichteten sich, alle verfügbaren militärischen und wirtschaftlichen Mittel gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan – einzusetzen und mit ihnen keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen. Auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 forderten Churchill und Roosevelt deren bedingungslose Kapitulation.

Als sich im Sommer 1944 die alliierten Armeen den deutschen Grenzen näherten, wurde im Auftrag der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA durch die European Advisory Commission (EAC) am 12. September 1944 in einem Protokoll festgelegt, Deutschland in drei Besatzungszonen aufzuteilen (Frankreich wurde erst 1945 als vierte Besatzungsmacht einbezogen.) und die Gewaltausübung durch einen Alliierten Kontrollrat mit Sitz in der deutschen Hauptstadt zu vollziehen. Die Karte „A“ basierte auf dem deutschen Gebietsstand in den Grenzen vom 31. 12. 1937 – also vor dem Anschluss Österreichs, des Sudeten-, des Memellandes und der nach Kriegsbeginn von Seiten Deutschlands vorgenommenen Gebietsveränderungen. Die Sowjetunion sollte die „Ostzone“ übernehmen, Großbritannien und die USA die beiden anderen Zonen, den nördlichen Teil Großbritannien, den südlichen die USA. Die Grenze zwischen Ostzone und den beiden Westzonen bildete jene, die später zur Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten wurde. In ihren Besatzungszonen sollten die jeweiligen Oberbefehlshaber die oberste Gewalt ausüben. Für die Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten sollte der Kontrollrat zuständig sein. Seine Entscheidungen sollten einstimmig getroffen werden.

Bereits im Sommer 1945 bestanden ernsthafte britisch-amerikanische Überlegungen, die auf eine Teilung Deutschlands hinausliefen, wenn auch im Potsdamer Abkommen noch Kompromissformeln gefunden wurden zur Betrachtung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit, zur Reparationsproblematik und zu einer späteren Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem künftigen Friedensvertrag mit Deutschland.

Der seit Juli 1944 als Gesandter an der USA-Botschaft in Moskau tätige Diplomat George F. Kennan unterbreitete die nachfolgende Konzeption: *Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. . . Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland, den Teil, für den wir die Verantwortung übernommen haben, zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, dass sie der Osten nicht gefährden kann. . .*

*Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis zur Nordsee vorlässt.“*

Die erst nach zähen Verhandlungen auf der Potsdamer Konferenz vereinbarte Reparationsregelung teilte Deutschland faktisch in zwei Reparationsgebiete. In der Folge resultierte daraus ein Mehrfaches an Reparationsleistungen durch die ostdeutsche Bevölkerung im Vergleich zu den Westdeutschen

Die Teilung Deutschlands resultierte – wie dieser Anbeginn demonstrierte – aus der Herausbildung der später rasch eskalierenden Gegensätze zwischen der UdSSR und den Westmächten. Bei beiderseitiger Verantwortlichkeit für diese und das weitere historische Geschehen zeigt der Ablauf der konkreten Ereignisse, dass die Initiative dafür in ihrem Kern von den Westmächten ausging. Diese Initiative fand ihren Ausdruck u. a. in der Verkündung der Truman-Doktrin am 12. März 1947, in der Marshallplan-Konzeption, verkündet am 5. Juni 1947 und danach im Westen rasch umgesetzt. Am 20. März 1948 verließ der sowjetische Vertreter den Alliierten Kontrollrat, der danach nie wieder zusammentrat. Die separate Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen komplettierte die Teilung Deutschlands in zwei Währungs- und Wirtschaftsgebiete, gefolgt von der Einführung der D-Mark, auch in den Berliner Westsektoren, der sowjetischen Blockade Westberlins und der Luftbrücke der Westmächte dort hin.

In diesem historischen Abschnitt der ersten Nachkriegsjahre, in der keine zentrale deutsche Staatlichkeit bestand und verantwortlich nur die vier Mächte agierten, konnten deutsche Politiker in allen Besatzungszonen nur reagieren. Eine souveräne deutsche Politik konnte somit weder im Osten noch im Westen stattfinden. Deutsche Politik wurde schrittweise in Verbindung mit dem Aufbau der Kommunen und der Länder möglich.

Die Teilung Deutschlands – das war eine Kette von Entscheidungen der vier Mächte.

Zuerst im Westen, dann zwangsläufig auch im Osten wurden die führenden deutschen Politiker von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie der UdSSR über die Besatzungsbehörden in ihren Zonen beauftragt, deutsche Staatsgründungen vorzubereiten. Beide deutsche Staaten waren somit ein Ergebnis des 1946 begonnenen Kalten Krieges und die ehemaligen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition sicherten sich über Jahrzehnte hinweg grundlegende Kontrollrechte. Die Konstituierung eines deutschen Gesamtstaates wurde damit in unabsehbare Ferne gerückt.

Im Westen wurde der bürgerliche Parteienpluralismus nach dem Muster der Weimarer Republik etwas variiert wiederhergestellt und die Kommunisten wurden aus den Allparteienregierungen, wie sie in den auf der Grundlage freier Wahlen Bundesländern entstanden waren, hinausgedrängt. Der Antikommunismus wurde zur Staatsräson, die Westintegration bekam unter Konrad Adenauer absoluten Vorrang vor der staatlichen Einheit Deutschlands. Die politischen Mehrheiten erhielten in der Bundesrepublik Deutschland von der Adenauer-Ära an auf der Basis freier Wahlen eine klare bestätigte Legitimation.

Die wesentlichen Ereignisse sind bekannt: Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der BRD verkündet. Am 29. Mai 1949 nahm der gewählte Volkskongress die Verfassung der DDR an. Nach den Wahlen zum ersten Bundestag wurden am 12. September 1949 Theodor Heuß zum Bundespräsident und am 15. September Konrad Adenauer zum Bundeskanzler der BRD gewählt. Am 7. Oktober 1949 wurde der Deutsche Volksrat in die Provisorische Volkskammer umgebildet. Mit dem Inkraftsetzen der Verfassung durch dieses Gremium wurde die DDR gegründet. Wilhelm Pieck wurde als Staatspräsident, Otto Grotewohl als Ministerpräsident gewählt. Zwei deutsche Völkerrechtssubjekte, stets kontrolliert durch die zuständigen Besatzungsmächte, hatten die internationale Arena betreten. Die Geschichte hat es mit sich gebracht, dass das deutsche Volk über diese Entscheidung zu befinden als nicht befugt behandelt wurde.

Die Spaltung der deutschen Nation und des deutschen Staates wurde von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes als widernatürlich empfunden. Das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl – besonders in den Anfangsjahren - blieb auch in den Jahrzehnten des Kalten Krieges lebendig.

Die Widernatürlichkeit der deutschen Teilung fand jederzeit ihre Widerspiegelung im Agieren der Siegermächte wie auch der deutschen Politiker in Ost und West, in der DDR und in der BRD. Konrad Adenauer hat maßgeblich das Gesicht der von der BRD ausgehenden Politik bestimmt. Er setzte entschieden auf den separaten Weststaat. Wesentlich auf sein Geheiß wurde das provinzielle Bonn Bundeshauptstadt. Über einen in das westliche Bündnissystem integrierten Staat sollte zu gegebener Zeit die Sowjetzone, wie er zeitlebens die DDR bezeichnete, befreit und in die Bundesrepublik Deutschland eingliedert werden.

Die SED-Führung, die die anderen Blockparteien LDPD, CDU, NDPD und DBD sowie die Massenorganisationen fest mit ins Boot genommen hatte, verfocht wie die Sowjetregierung offiziell den Kurs auf die staatliche Einheit Deutschlands, verfügte aber – in hohem Grade notgedrungen – über ein zweites Konzept. Dieses bestand in der Strukturierung eines Gesellschaftssystems weitgehend nach sowjetischem Muster, insbesondere ab 1952, verbunden mit der schrittweisen Einordnung in das östliche Bündnissystem.